

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2003)
Heft: 2: Nein zum Atomausstieg : wir machen weiter - aber sicher!

Artikel: Wir machen weiter - aber sicher!
Autor: Braunwalder, Armin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586393>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

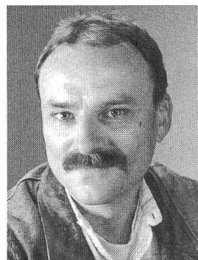
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir machen weiter – aber sicher!

Die deutliche Niederlage vom 18. Mai 2003 ist schmerzhaft für alle, die aus der Atomenergie aussteigen wollen. Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) bleibt dran. Denn am Ersatz der alternden AKW und an Sicherheitsfragen führt kein Weg vorbei.



von Armin
Braunwalder,
SES-Geschäfts-
leiter

Der Atomausstieg wurde zwar abgeblockt, doch die (Atommüll)Probleme bleiben. «Jetzt feiern die Atomwirtschaft und ihre Verbündeten im Parlament ihren Sieg. Das Nein zu den Atominitiativen entbindet jedoch niemanden davon, sich auf eine Zukunft ohne Atomstrom einzustellen. Ob man will oder nicht – früher oder später wird sie kommen.» So brachte es Helmut Stalder im «Tages-Anzeiger» auf den Punkt.

Wie die AKW ersetzt werden sollen, wenn sie aus sicherheitstechnischen, wirtschaftlichen oder altersbedingten Gründen – womöglich ungeplant! – vom

Netz genommen werden müssen, weiss die Elektrizitätswirtschaft heute nicht. Es klingt nach der Abstimmung vom 18. Mai schon fast wie Hohn, wenn Anton Bucher, Direktor des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen, dem Berner *Bund* zu Protokoll gibt, die Frage des Ersatzes der AKW müsse in den nächsten Jahren 'hohe Priorität geniessen'. Bereits ab 2010 müsse die Standortfrage im Vordergrund stehen, wenn die AKWs 'wie vorgesehen' 50 Jahre (Beznau 1+2, Mühleberg) und 60 Jahre (Gösgen, Leibstadt) laufen werden. Standortfrage? Für ein neues AKW? Für ein klimabelastendes Gaskraftwerk? Wir hätten da noch ein anderes Konzept in der Schublade, Herr Bucher, das keine neuen Standorte für nukleare oder fossile Grosskraftwerke erfordert, sofort umsetzbar und klimaschonend ist. Nur: Es würde bedingen, dass die Elektrizitätswirtschaft von ihrer auf Grosskraftwerke fixierten und einseitigen Stromverkäuferlismentalität abrickt. Vielleicht lüftet man im VSE einmal ein bisschen die Köpfe?

Sicherheitsaufsicht und Terrorschutz verstärken

Das Nein zu den Initiativen ist jedenfalls kein Freipass für den unbefristeten Betrieb der Atomkraftwerke. Wenn die AKWs 50, 60 Jahre oder noch länger in Betrieb bleiben sollen, muss das Unfallrisiko dieser alternden Anlagen durch strenge Sicherheits- und Ausserbetriebnahmekriterien reduziert werden. Das im Abstimmungskampf gebetsmühlenartig vorgetragene «weiterbetreiben solange sicher», darf unter keinen Umständen überreizt werden! Denn das könnte fatale Folgen für unser Land haben. Darum muss die Sicherheitsaufsicht verstärkt, der Terrorschutz verbessert und die Unabhängigkeit der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) von den AKW-Betreibern konsequent durchgesetzt werden. In diesem Bereich wird die SES in Zukunft zusammen mit weiteren Organisationen verstärkt tätig werden. Wir werden uns im Sicherheitsbereich vermehrt einmischen – wenn nötig mit juristischen Mitteln. Die Frage, ob ein Atomkraftwerk «sicher» ist, darf nicht weiterhin der alleinigen Definitionsmacht der HSK überlassen werden (vgl. auch Seite 14/15).

Vom Bonsai-Programm zu EnergieSchweiz-plus

Es gilt jetzt auch zu vermeiden, dass die Energie- und Klimapolitik der Schweiz in einem totalen Scherbenhaufen endet. Der Wirtschaftsverband *économiesuisse* hat nach der Verhinderung des Einstiegs in die ökologische Steuerreform auch den geordneten Rückzug aus der Atomenergie verhindert. Als Nächstes steht die CO₂-Abgabe auf der Abschussliste. Steigende CO₂-Emissionen hin, Klimaschutzverpflichtungen her. Schützenhilfe leistet die SVP, welche die vom Parlament zu beschliessende Abgabenhöhe dem fakultativen Referendum unterstellen und so die CO₂-Abgabe abschiessen will. Und als ob das der Abbruchpolitik nicht genug wäre: Auch dem mit 55 Millionen Franken alimentierten Bonsai-Programm EnergieSchweiz, das aufgrund des Verfassungsauftrages effiziente Energienutzung und erneuerbare

Forderungen bleiben

Atommüll:

Es braucht jetzt ein neues und transparentes Standortauswahlverfahren, die Fortführung der Diskussion um ein (standortunabhängiges) Lagerkonzept sowie das Mitentscheidungsrecht der Standortkantone bei der Realisierung von Atommülllagern. Sonst wird die Atommüllentsorgung endgültig in einem Fiasko enden.

Transparenz:

Eine externe, unabhängige Kostenüberprüfung bei den AKW-Betriebs-, Stilllegungs- und Entsorgungskosten ist fällig. Die wahren Kosten der Atomenergie müssen endlich auf den Tisch. Sonst werden kommende Ge-

nerationen unliebsame Überraschungen erleben.

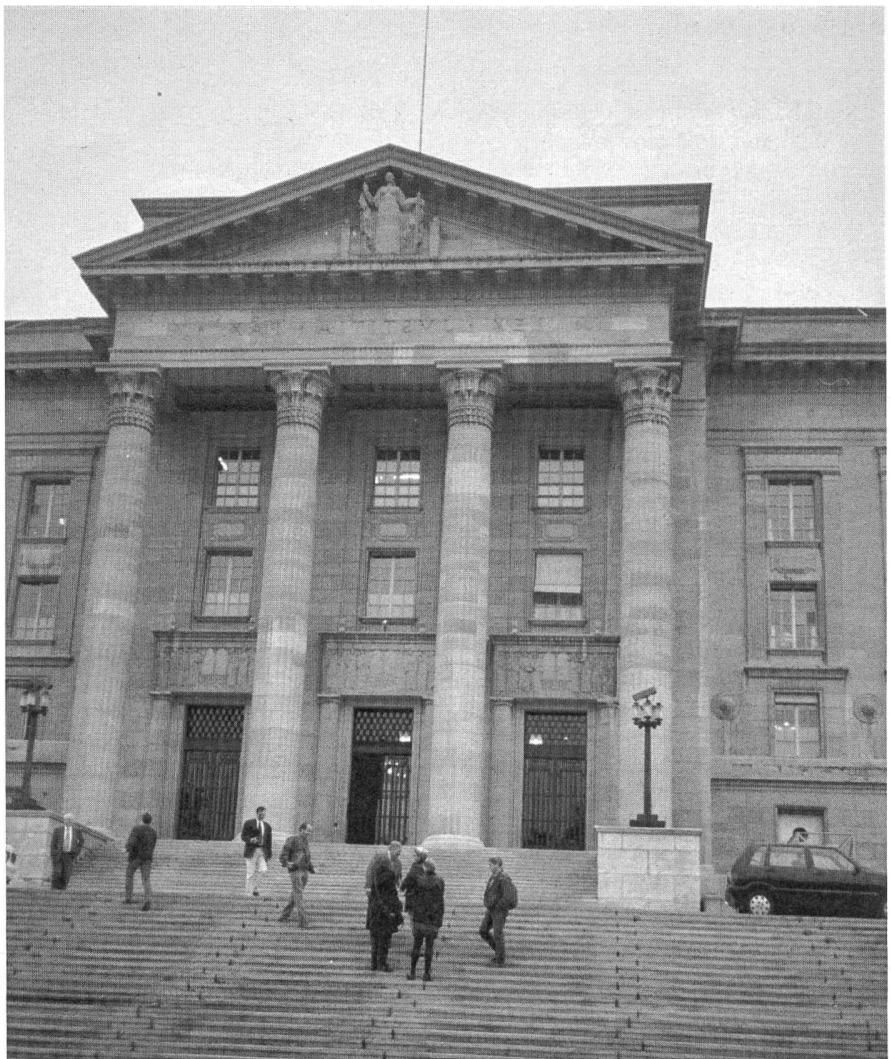
Ersatzszenarien:

Die Atomkraftwerke müssen früher oder später ersetzt werden. Statt untätig zu warten, muss der Bund Ersatz- und Stilllegungsszenarien erarbeiten und die Alternativen fördern.

Versicherungsdeckung:

Die Versicherungsdeckung für einen Atomunfall muss auf Kosten der AKW-Betreiber deutlich erhöht werden. Es geht nicht an, dass SteuerzahlerInnen und Staat dieses Risiko vollumfänglich subventionieren.

Energien fördert, droht durch massive Budgetkürzungen das endgültige Aus. Der Abstimmungskampf hat jedoch deutlich gemacht, dass konsequente Förderung von effizienter Stromnutzung und erneuerbaren Energien selbst in bürgerlichen Kreisen weitgehend unbestritten sind. Den verbalen Bekenntnissen möchten wir nun politische Taten folgen sehen: Mit einem verstärkten Programm «Energie-Schweiz-Plus» auf sicherer finanzieller Basis und besseren gesetzlichen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien. Parallel dazu ist der Bundesrat gefordert, seine Kompetenzen im Bereich der elektrischen Geräte und künstlichen Beleuchtung wahrzunehmen. Die Energiedeklaration (Energie-Etikette) gehört auf alle energie-relevanten elektrischen Geräte und Lampen. Mit einem verbindlichen Fahrplan müssen energetisch ineffiziente Produkte schrittweise vom Markt genommen werden. Der unsinnige Standby-Verbrauch von Geräten muss durch strenge Verbrauchsvorschriften deutlich reduziert werden. «Allein mit solchen Massnahmen wird ein ganzes Atomkraftwerk überflüssig, und zwar kein kleines», erklärte Energieminister Moritz Leuenberger vor der Abstimmung am SP-Parteitag seinen GenossInnen. Daran wird er sich jetzt erinnern müssen.



Das Bundesgericht wird sich früher oder später mit AKW-Sicherheitsfragen befassen müssen.

Kein Referendum zum Kernenergiegesetz

Greenpeace, Schweizerische Energie-Stiftung (SES) und WWF starten kein Referendum gegen das Kernenergiegesetz (KEG). Sie werden ein solches auch nicht unterstützen, falls es von andern Kreisen ergriffen wird. Die drei Umweltorganisationen halten die Streichung des kantonalen Vetorechts gegen Atom-mülllager im KEG zwar nach wie vor für einen inakzeptablen Demokratieabbau. In ihrer Gesamtbetrachtung beurteilen die drei Umweltorganisationen diesen demokratiepolitischen Sündenfall jedoch nicht als ausreichenden Grund, um gegen das KEG als Ganzes das Referendum zu ergreifen. Denn das KEG bringt gegenüber dem alten Atomgesetz auch bedeutende Verbesserungen:

- Der Wiederaufbereitungs-Stopp ab Juli 2006, vorerst für zehn Jahre, mit Verlängerungsoption um weitere zehn Jahre. In der Praxis wird dies zur vollständigen Aufgabe der umweltverseuchenden und unwirtschaftlichen Wiederaufbereitung führen.
- Das Referendumsrecht gegen neue Atomkraftwerke und gegen die tiefgreifende Erneuerung bestehender Atomkraftwerke, um deren Betriebszeit übermässig zu verlängern. In der Praxis wird es somit kaum mehr möglich sein, neue Atomkraftwerke zu bauen.
- Das Referendumsrecht gegen Atommülllager: Es ermöglicht, ein Endlagerprojekt bei zweifelhafter

Langzeitsicherheit auf Bundesebene zu bekämpfen.

- Die Unterstellung der Atomanlagen unter die Bundesgerichtsbarkeit. Dies ermöglicht, die Sicherheitsbeurteilungen der AKW-Betreiber und der Sicherheitsbehörde durch unser höchstes Gericht überprüfen zu lassen.

Diese Verbesserungen gegenüber dem alten Atomgesetz sind indirekte Erfolge der Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus». Ohne den Druck, der mit diesen Volksinitiativen aufgebaut wurde, wären sie niemals ins neue KEG aufgenommen worden. Greenpeace, SES und WWF wollen diese Verbesserungen auf keinen Fall aufs Spiel setzen.